

## **Draghi und das dunkle Rätsel**

**Der frühere EZB-Präsident rettete für Merkel den Euro / Jetzt bekommt er dafür den höchsten Orden**

**Bruno Bandulet**

Es geschehen Dinge in der großen Politik, die Rätsel aufgeben. So zum Beispiel die verunglückte Rede des deutschen Bundespräsidenten in Yad Vashem am 23. Januar, in der er bezweifelte, daß die Deutschen „für immer“ aus der Geschichte gelernt hätten. Oder auch ein anderer Auftritt Steinmeiers, nämlich der an diesem Freitag im Schloß Bellevue. Dann wird er dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi – verbunden mit einer präsidentiellen Ansprache – das Bundesverdienstkreuz verleihen. Nicht irgendeinen Verdienstorden, sondern die höchste in Frage kommende Stufe, das Großkreuz am Schulterband mit dem sechsspitzigen Bruststern, links.

Daß die Ehrung so schnell und umstandslos auf den Weg gebracht werden konnte, dafür sorgte Heiko Maas. Weil Draghi Ausländer ist, mußte der Antrag beim Auswärtigen Amt eingereicht, von diesem geprüft und anschließend dem Bundespräsidenten unterbreitet werden. Ein kurzer Dienstweg, denn Maas mußte nur seinen eigenen Antrag für gut befinden. Welche „Referenzpersonen“ der Außenminister angab, die seinen Vorschlag hätten unterstützen können, ist bislang nicht bekannt. Er hätte auf den Namen Merkel zurückgreifen können, nachdem diese anlässlich der Abschiedsfeier im Frankfurter EZB-Tower Ende Oktober den „lieben Mario“ überschwenglich gelobt und noch dazu geduzt hatte. Das alles hat etwas Inzestuöses an sich.

Laut Darstellung des Bundespräsidialamtes muß sich ein Ordensträger „besondere Verdienste“ um die Bundesrepublik Deutschland und das „allgemeine Wohl“ erworben haben. Ob das auf Draghi zutrifft, liegt im Auge des Betrachters. Er hat sich ohne Zweifel um Italien verdient gemacht. Er hat die Zinsen so weit gesenkt, daß die horrenden italienischen Staatsschulden bedienbar blieben und damit den Politikern in Rom die überfälligen Reformen erspart. Nur ist für die Würdigung dieser in der Tat herausragenden Leistung nicht Berlin, sondern Rom zuständig – und dort hat er seinen Orden, auch ein Großkreuz, ja schon bekommen.

Hoch angerechnet wird Draghi auch, daß er am 26. Juli 2012 auf einer Investmentkonferenz in London im Alleingang den Maastrichter Vertrag beiseite wischte und versprach, „alles zu tun, was nötig ist, um den Euro zu erhalten“. Er druckte Geld aus dem Nichts, er nahm Staatsschulden in die EZB-Bilanz, er schaffte dann auch noch die Zinsen ab. Er rettete den Euro um den Preis der Rechtsbrechung und einer bis heute schwelenden Dauerkrise – nicht zuletzt auf deutsche Kosten. Ja, er hat sich um die Europäische Währungsunion verdient gemacht, von der Helmut Kohl

am 12. Dezember 1989 gegenüber US-Außenminister James Baker sagte, sie gehe „gegen deutsche Interessen“.

Bei den deutschen Geldinstituten und ihren Kunden wird jedenfalls keine rechte Begeisterung über die Auszeichnung aufkommen. Dank Negativ- und Nullzinsen haben sie bisher einige hundert Milliarden dem Kunstwährungsfetisch Euro zum Opfer gebracht. Die Rechnung ist noch offen, und zwar nach oben. Dafür konnte sich der Staat zu Lasten der Bürger entschulden, mehr Geld für Unsinniges ausgeben und die Illusion nähren, seine Finanzen seien in Ordnung.

Was Ex-Bundesbankpräsident Helmut Schlesinger von diesem „Antibundesbanker“ (Die Zeit) hält, hat er in einem Interview mit der Welt am Sonntag vom 11. März 2012 zu Protokoll gegeben. Schlesinger war es übrigens, der schon 2010 auf die mysteriösen Target-Salden stieß und Hans-Werner Sinn darauf aufmerksam machte, der dann nach eigenen Recherchen den Skandal an die Öffentlichkeit brachte. Peanuts sind das nicht, immerhin machen diese Auslandsforderungen der Bundesbank (aktueller Stand: 838,8 Milliarden Euro) einen Großteil des deutschen Netto-Auslandsvermögens aus, und sie sind im Gegensatz zu werthaltigen Devisenreserven zinslos und können nicht fällig gestellt werden. Ob damit den Interessen der Bundesrepublik und dem Gemeinwohl gedient ist, entzieht sich vermutlich der Kenntnis des Bundespräsidenten.

In dem erwähnten Interview vermittelte Schlesinger eine Vorstellung davon, was Mario Draghi anrichten würde. Nachdem der Italiener die Bilanz der EZB in kürzester Zeit auf drei Billionen verdreifacht hatte, warnte er: „Das sind Dimensionen, die eher an Kriegsfinanzierung erinnern. Damals hat sich die Bilanzsumme verzehnfacht.“ Er fügte hinzu: „Einen Geldüberhang hat man in der Geschichte durch zweierlei wegbekommen: Entweder durch eine Währungsreform, so wie das in Deutschland 1948 der Fall war. Damals wurde die Geldmenge gezehntelt. Oder durch Preiskontrollen oder Zwangsbewirtschaftung.“

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler lag nicht ganz falsch, als er sich darüber empörte, daß man jetzt schon für Enteignung einen Orden bekäme. Aber für die Enteignung der Sparer hat Draghi ihn genaugenommen nicht erhalten. Er hat die Eurozone mit Rückendeckung der Regierung Merkel zusammengehalten. Die Interessen der kleinen Sparer, die jetzt um ihre Altersversorgung bangen, spielten in diesem Kalkül nie eine Rolle. Die Kanzlerin hat das Versprechen Kohls und seines Finanzministers Waigel, die EZB werde die Tradition der Bundesbank fortsetzen, stillschweigend aufgekündigt. Mit dem Orden an Draghi wird die Deutsche Bundesbank ein weiteres Mal desavouiert.

Draghi, der Mann der Hochfinanz, war als routinierter Geldmanager nur Kompagnon der Politik – Christine Lagarde ist sortenreine Politikerin, sonst nichts. Sie wird, was Draghi nie getan hat, die Geldpolitik auch noch für den Klimawahn mißbrauchen.

Helmut Schlesinger, der wie kein anderer für eine harte Deutsche Mark stand, auch er ein Träger des Großkreuzes, bekommt unpassende Gesellschaft.

**Verhinderte AfD-Parteitage**

## **Eine demokratische Bankrotterklärung**

**Dieter Stein**

Nehmen wir einmal an, in Sachsen könnten die Grünen seit einem Jahr keinen Parteitag abhalten, weil Pegida-Anhänger Hallenbetreiber mit Drohanrufen nötigen, Verträge zu kündigen und Rechtsextremisten ankündigen, Veranstaltungen der Grünen gewaltsam „zu Brei zu stampfen“ – und daraufhin niemand mehr Veranstaltungsräume an die Grünen vermieten würde.

Was wäre dann wohl? Es würde nur wenige Tage dauern, und überregionale Medien würden anprangern, daß Extremisten die Versammlungsfreiheit einer Partei einschränken, es gäbe Solidaritätsadressen anderer Parteien, ja der Bundespräsident würde vor der Wiederkehr „nicht mehr dagewesener Zustände warnen“. Innerhalb kürzester Zeit böten engagierte Wirte zu Dutzenden Ausweichquartiere an, würde ihre Standhaftigkeit als Zivilcourage öffentlich gepriesen.

Nichts davon im Fall der AfD in Berlin. In der Hauptstadt findet seit Monaten ein konzertiertes linksextremes Kesseltreiben gegen Vermieter statt, die Räume an die Partei vergeben wollen. Bereits dreimal mußte der Landesparteitag abgesagt werden, weil Räume unter massivem Druck kurzfristig gekündigt wurden. Inzwischen setzte die AfD im Berliner Landesverband einen Notvorstand ein, weil die überfälligen Neuwahlen mangels Räumen nicht stattfinden konnten.

Der Eigentümer des „Ballhauses Pankow“, der letzte Veranstaltungsort, den die AfD verlor, wurde von Linksradiakalen so bedrängt, daß auch er kapitulierte. Das Landgericht Berlin wies jetzt die Klage der AfD mit der Begründung ab, eine Überlassung der Räume sei „nicht durchsetzbar“, der Betreiber habe glaubhaft machen können, er sei telefonisch unter Druck gesetzt worden und „von Unbekannten mit einem Messer auf dem Parkplatz attackiert, beleidigt und bedroht“ worden. Dieses Risiko gehe über das vertragliche Maß hinaus. Damit hat der linke Mob nun freie Bahn.

Die von Mitgliedern der rot-rot-grünen Regierung unterstützte linksextreme Antifa jubiliert auf ihrer Kampagnenseite „Kein Raum der AfD – AfD Landesparteitag zu Brei stampfen“ über den Erfolg ihrer gewaltsamen Erpressungsaktion: „Egal wo und wie die AfD versuchen wird, ihren Landesparteitag abzuhalten, wir werden da sein, um ihren Kartoffelauflauf zum Desaster zu machen! Egal, wo sich die Faschos verstecken: Wir werden sie jagen!“

Die Reaktion der anderen Landes- und Bundespolitiker, fast der gesamten Medien und Öffentlichkeit: Ohrenbetäubendes Schweigen. Höhnisch beschied der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) die hilfeschuchende AfD, er sei nicht „der oberste Saalvermieter Berlins“. Gewaltttätige linksextreme Rollkommandos ernten klammheimliche, sogar unverhohlene Zustimmung aus der gesellschaftlichen Mitte. Eine demokratische Bankrotterklärung.

## **Triumph der Demokratie**

### **Brexit: Eine historische Weichenstellung gegen den Konsens der politischen Eliten**

**Beatrix von Storch**

Wäre der Brexit gescheitert, könnten sich die Anhänger des Satzes der Anarchistin Emma Goldman bestätigt fühlen: „Wenn Wahlen etwas verändern würden, dann wären sie verboten.“ Der Brexit beweist das Gegenteil. Tatsächlich besitzt keine andere europapolitische Weichenstellung der letzten Jahrzehnte eine so starke demokratische Legitimation wie der Brexit, der per Referendum beschlossen und durch die Parlamentswahl noch einmal fulminant bestätigt wurde.

Der europäische Verfassungsvertrag, auf dessen Grundlage die EU heute agiert, wurde hingegen von den Franzosen und den Niederländern in Volksabstimmungen abgelehnt – die Deutschen wurden erst gar nicht gefragt. Anschließend wurde der Verfassungsvertrag einfach in Lissabon-Vertrag umgetauft und trotzdem in Kraft gesetzt. An diesem antidemokratischen Projekt wollen die Briten nicht länger teilnehmen.

Der damalige Premierminister David Cameron hatte vor den Parlamentswahlen 2015 versprochen, ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft durchzuführen. Die Briten gaben ihm dafür eine unerwartet klare Mehrheit. Mit dieser war er nicht mehr auf die Stimmen der EU-freundlichen Liberaldemokraten angewiesen. Die euroskeptische UKIP von Nigel Farage erhielt bei diesen Wahlen 12 Prozent der abgegebenen Stimmen. Es hätte selbst dann für eine parlamentarische Mehrheit für das Referendum gereicht, wenn die Briten das deutsche repräsentative Wahlrecht gehabt hätten.

Beim Brexit-Referendum am 23. Juni 2016 lag die Wahlbeteiligung mit 72 Prozent noch höher als bei den vorhergehenden Parlamentswahlen, an der sich 66 Prozent der Wähler beteiligt hatten. Das Brexit-Lager gewann am Ende mit einem deutlichen Vorsprung von 1,3 Millionen Stimmen. Es ist also falsch, von einem knappen Wahlergebnis zu sprechen. In Deutschland haben in der Vergangenheit schon wenige

tausend Stimmen über die Regierungsbildung entschieden. Die deutliche Mehrheit und die hohe Wahlbeteiligung gaben der Regierung ein klares politisches Mandat für den Brexit.

Doch weder das Pro-EU-Lager im Vereinigten Königreich noch die EU und erst recht nicht die EU-hörige Presse in Deutschland waren bereit, dieses klare demokratische Votum zu respektieren. Sie taten alles, um das Ergebnis des Referendums mit völlig abwegigen Argumenten zu torpedieren: Mal hieß es, die Wähler seien nicht jung genug, dann wurde der Wert von Referenden grundsätzlich bestritten, nur um im nächsten Satz ein neues Referendum zu fordern, unter dem Motto: Abstimmen lassen, bis das Ergebnis paßt.

Natürlich wurde den Briten auch der ökonomische Niedergang vorhergesagt. Daß nach der Brexit-Entscheidung die Arbeitslosigkeit in Großbritannien einen historischen Tiefstwert erreichte und nur halb so hoch lag wie im EU- und Eurozonenland Frankreich, wurde geflissentlich verschwiegen.

Als Theresa May mit ihrem Deal im Unterhaus scheiterte, der Ausstieg verschoben wurde und die Briten gegen ihren Willen erneut an der Wahl zum EU-Parlament teilnehmen mußten, schien das Pro-EU-Lager zu triumphieren. Der Historiker Timothy Garton Ash erklärte, die EU müsse den Briten nur noch zurufen „Wunderbar! Wir begrüßen das sehr, wenn ihr bleibt!“ – und der Brexit sei vom Tisch. Viele Brexit-Anhänger hatten die Hoffnung bereits aufgegeben. Was dann geschah, gehört zu den Sternstunden der Demokratie. Die eigens für diese Wahl gegründete Brexit-Party von Nigel Farage wurde bei der Wahl zum EU-Parlament aus dem Stand mit 30 Prozent die stärkste britische Partei. Damit hatte Farage einmal mehr – wie schon in den Jahren davor – den Bürgern eine Stimme gegeben. Unter diesem Eindruck machten die Torys Boris Johnson zum Premierminister, der seine Bereitschaft zum harten Brexit erklärte und schließlich Neuwahlen zum Unterhaus erzwang.

Der Erdrutschsieg von Boris Johnson bei den Parlamentswahlen im Dezember wird nicht nur Europa verändern, sondern revolutioniert auch die Parteienlandschaft im Vereinigten Königreich. Denn erstmals gelang es den Konservativen, die „rote Mauer“ im Norden Englands zu schleifen. Dort befinden sich Wahlkreise, in denen in den letzten hundert Jahren noch nie ein konservativer Abgeordneter gewählt wurde. Das ist vergleichbar mit dem Erfolg von US-Präsident Trump im Industriegürtel der USA im Nordosten, der bis dahin immer die Demokraten gewählt hatte.

Angesichts der drohenden Niederlage des Brexit-Lagers haben die Wähler traditionelle soziale und parteipolitische Gegensätze überwunden, um ihr Recht zu verteidigen, über die Zukunft ihrer Nation selbst zu entscheiden. Boris Johnson selbst nennt dieses Bündnis der konservativen Mittelklasse mit der patriotischen Arbeiterklasse „One Nation Conservatism“. Damit bezieht er sich auf den früheren Premierminister Benjamin Disraeli (1804–1881), dem es schon einmal gelungen war, die Unterstützung der Arbeiterklasse für die Konservativen zu gewinnen.

Den britischen Wählern ist es gelungen, eine historische Weichenstellung gegen den Konsens der politischen Eliten zu erzwingen. Damit ist der Brexit vor allem eines: ein Triumph der Demokratie. Freuen können sich darüber also nicht nur die Briten, sondern alle echten Demokraten.

**Beatrix von Storch** ist stellvertretende Bundessprecherin der Alternative für Deutschland und stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

## **Er hält der Politik den Spiegel vor**

**Sozialdemokratie: Thilo Sarrazin wehrt sich gegen den Versuch, ihn aus der Partei auszuschließen**

**Thorsten Hinz**

Wenn die SPD zu retten oder wenigstens rettungswillig wäre, sie hätte Thilo Sarrazin zum alleinigen Vorsitzenden gewählt und für ein Jahr mit uneingeschränkten Durchgriffsrechten ausgestattet.

Im Frühsommer vergangenen Jahres hatte sich der ehemalige Berliner Finanzsenator und Bundesbankvorstand in der Schweizer Weltwoche, für die er regelmäßig schreibt, mit dem ihm eigenen trockenen Humor für das Amt empfohlen. Unter der Überschrift „Wenn ich Parteivorsitzender wäre“ forderte er von seiner Partei, auf allen Feldern der Politik kompetentes Personal, Wissen und Expertise vorzuhalten. Die SPD müsse „konkret vorführen, wie denn die überaus ehrgeizigen CO<sub>2</sub>-Ziele erreicht und gleichzeitig Arbeitsplätze in der Chemie, der Autoindustrie, im Maschinenbau et cetera gesichert werden können“. Und vor allem hätte sie die Masseneinwanderung zu regeln, von der die kleinen Leute – ehemals die wichtigste Zielgruppe der SPD – am meisten betroffen sind. Er, Sarrazin, wüßte, „was zu tun wäre. Nur an Jugend, Schönheit und Charisma müßte ich noch arbeiten.“

Es ist anders gekommen. Die SPD hat sich ein linksdrehendes Führungsduo gegeben, über das sich ernsthaft nur noch im Satire-Modus reden läßt. Die Twitter-Gemeinde macht es vor, indem sie Saskia Esken mit Ehrentiteln wie „Der Teufel trägt Prawda“ und „Pol Pott Schnitt“ versieht und Norbert Walter-Borjans zum „Roten Hai“ und „Steuernator 2“ ernennt. Während also in der digitalen Welt nach der realen Restsubstanz der SPD gegraben wird, ist man in der analogen Welt der

Sozialdemokratie unbeirrt mit irrationalen Fragen und Problemen beschäftigt. Zum Beispiel mit dem Parteiausschluss Thilo Sarrazins, der am 12. Februar seinen 75. Geburtstag feiern und auf eine rund 45jährige SPD-Mitgliedschaft zurückblicken kann.

Ende voriger Woche hatte die Landesschiedskommission der Berliner SPD bestätigt, daß Sarrazin im nunmehr dritten Anlauf aus der Partei ausgeschlossen werden kann. Generalsekretär Lars Klingbeil zeigte sich erfreut darüber. Die Entscheidung mache deutlich, daß „für Thilo Sarrazin und seine verächtlichen Thesen kein Platz in der SPD“ sei. Er habe der Partei „schweren Schaden“ zugefügt. Funktionäre werfen Sarrazin vor, er verbreite rassistische, islamfeindliche Thesen, spreche Muslimen die Menschenwürde ab, argumentiere entsprechend antisemitischen Mustern.

So geht es seit gut zehn Jahren, seit dem Erscheinen seines Buches „Deutschland schafft sich ab“, das dem bundesdeutschen Juste milieu bis heute unverdaulich im Magen liegt und ihm periodische Blähungen verursacht. Und es ist nicht bei dem einen Bestseller geblieben. Es folgten weitere schwergewichtige Veröffentlichungen unter anderem zum Euro-Desaster, zum hybriden Tugendterror, zur Neigung der Politiker, den Realitätssinn gegen Wunschdenken einzutauschen. Seine vorerst letzte Veröffentlichung, „Feindliche Übernahme: Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht“ (2018), hat seine Gegner erneut entflammt und auf die Barrikaden getrieben.

Während Politik und Medien kein gutes Haar mehr an Sarrazin lassen, ist er zum erfolgreichsten deutschen Sachbuchautor der Gegenwart avanciert, und das nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten. Kein anderer hat eine vergleichbare Resonanz erlangt. Seine Leser finden bei ihm ausgesprochen, was Rundfunk und Fernsehen verschweigen oder bestenfalls als Alibi in die allerspätesten Spätsendungen verschieben. Daher reagieren sie geradezu allergisch auf ihn. Er gilt nicht mehr nur als „umstritten“, sondern als „rassistisch“ und hatte sogar schon Ermittlungen wegen „Volksverhetzung“ am Hals. Eben hat die FAZ ihm den Titel „Wegbereiter der AfD“ verliehen, was wohl abwertend gemeint ist.

Sarrazin ist davon überzeugt, daß Deutschlands Zukunft sich nicht an Genderfragen oder Klimadebatten entscheidet, sondern an den Themen Währung, Einwanderung, Bildung. Und er bleibt nicht bei der Behauptung stehen. Während die schmalen Einsichten etwa seines innerparteilichen Hauptfeindes Ralf Stegner ins handliche Twitter-Format passen, verfaßt Sarrazin fakten- und zahlengestützte Sachbücher, in denen sich kaum einmal Fehler nachweisen lassen. Der promovierte Ökonom und Absolvent eines altsprachlichen Gymnasiums verbindet die Theorie mit praktischen Erfahrungen, die er im Regierungsapparat, in der Bundesbank und als Finanzsenator des notorisch maroden Berlin reichlich gesammelt hat.

Als konsequenter Verantwortungsethiker ist er der letzte Mohikaner einer sozialdemokratischen Traditionslinie, die von Reichspräsident Friedrich Ebert bis zum Bundeskanzler Helmut Schmidt reichte und mit Gerhard Schröders Abgang endgültig

versendet ist. „Sieh selber nach! / Was du nicht selber weißt / Weißt du nicht. / Prüfe die Rechnung / Du mußt sie bezahlen. / Lege den Finger auf jeden Posten / Frage: Wie kommt er hierher.“ Nichts kann Thilo Sarrazins Arbeitsweise besser beschreiben als die Verse aus dem „Lob des Lernens“ des Salon-Kommunisten Bertolt Brecht.

Gnadenlos hält er der Politik den Spiegel vor, aus dem sie ihre Verfehlungen medusenhaft anstarren. Die Migrationskosten zum Beispiel beschränken sich nicht auf die unmittelbaren materiellen Aufwendungen. Das kulturelle und kognitive Profil der meisten aktuellen Migranten ähnele dem der muslimischen Zuwanderer, die bereits in Europa sind. Es sei daher anzunehmen, daß sie sich hinsichtlich Bildung, Arbeitsmarkt-integration, Sozialleistungsbezug, Kriminalität und Anfälligkeit für fundamentalistisches Gedankengut ähnlich entwickeln.

Damit wird zerstört, was den wirtschaftlichen Erfolg und den sozialen Frieden in Deutschland verbürgt hat: Zum einen das kognitive Kapital, das durchschnittliche Intelligenzniveau im Land. Schon seit Jahren werden die Anforderungen in den Schulen und an den Universitäten immer weiter abgesenkt, um Schülern und Studenten formale, faktisch aber wertlose Abschlüsse zu ermöglichen.

Zerstört wird auch das soziale Kapital, vor allem das konsensstiftende Vertrauen. Die Institutionen sind nicht ein für allemal gegeben, sie funktionieren nur, wenn die Bürger die zugrunde gelegten Regeln akzeptiert und verinnerlicht haben, wenn im Gemeinwesen eine relative kulturelle Homogenität herrscht. Die massenhaft importierte, schroffe Diversität löst den Regelkonsens auf, was zu Reibungsverlusten und „Transaktionskosten“ führt. Seine Gegner wissen darauf nichts Substantielles zu erwidern und kompensieren ihre argumentative Schwäche mit wildem Geschrei.

Sarrazins Anwälte haben angekündigt, gegen einen Parteiausschluß vorzugehen. Sogar das Bundesverfassungsgericht soll nötigenfalls bemüht werden.